Mittwoch, den 24. Juli 1935
Nr. 200 Jahrgang 13

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem
Einzelnummer 10 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Volkswille
für Oberschlesien

Schriftleitung und Geschäftsstellen:
Lodz, Petrikauer Straße 109
Telephon 136-90 — Postscheck-Konto 63.508
Kattowitz, Plebiscytowa 35; Bielitz, Republikanska 4

Volksstimme
Bielitz-Biala u. Umgebung

Neuer Zollkrieg mit Danzig?

Danziger Protestnote gegen die polnische Zollverordnung. — Die polnische Verordnung von Danzig nicht zur Kenntnis genommen und Schadenersatzklagen gegen Polen angedroht.

Danzig, 2z. Juli. Anläßlich der gegen die Danziger Zollverwaltung gerichteten Verordnung des polnischen Finanzministeriums fand am Dienstag mittag eine offizielle Unterredung zwischen dem Danziger Senatspräsidenten Greiser und dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen, Minister Papee, statt. Dabei überreichte Senatspräsident Greiser dem Minister Papee

eine Note der Danziger Regierung, in der gegen die polnische Verordnung schärfster Protest eingelegt wird.

In der Danziger Note wird weiter darauf hingewiesen, daß **die Danziger Regierung nicht in der Lage sei, die Verordnung des polnischen Finanzministeriums auszuführen,** da die Verordnung gegen die bestehenden Rechtsgrundlagen verstoße.

Die Note, die Senatspräsident Greiser am Dienstag mittag um 12 Uhr dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, Minister Dr. Papee, überreichte, hat folgenden Wortlaut:

„Aus dem Gesetzesblatt der Republik Polen hat der Senat der Freien Stadt Danzig Kenntnis erhalten von einer am 18. Juli 1935 (Dz. U. R. P. Nr. 52 vom 20. Juli 1935) erlassenen Verordnung, mit der die Tätigkeit der Danziger Zollämter auf die Abfertigung derjenigen Auslandswaren beschränkt wird, die für die Bedürfnisse des örtlichen Verbrauchs und Gebrauchs im Gebiete der Freien Stadt Danzig bestimmt sind. Diese Verordnung stellt einen Einbruch von außerordentlicher Tragweite in die zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen bestehenden Rechtsverhältnisse dar.

Ich habe aus diesem Grunde das Landeszollamt der Freien Stadt Danzig angewiesen,

diese Verordnung nicht auszuführen.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, den **Protest des Senats der Freien Stadt Danzig** gegen den Erlaß dieser Verordnung übermittle, erwarte ich,

daß diese Verordnung sofort zurückgenommen wird,

außerdem behält sich der Senat der Freien Stadt Danzig weiterhin vor, alle Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Danziger Interessen notwendig erscheinen werden. Er behält sich insbesondere vor,

Ersatz für alle Schäden zu verlangen,

die der Freien Stadt Danzig durch die Verordnung erwachsen sollten."

Die Stellungnahme der Danziger Regierung.

Hierzu nimmt die Danziger Regierung wie folgt Stellung: Die Durchführung der Verordnung müßte zur Folge haben, daß Danzigs Handel und Industrie bei Versorgung des polnischen Marktes mit Auslandswaren ausgeschaltet werde, daß der Danziger Hafen, dessen natürliches Hinterland Polen ist und der in seinen Ausmaßen und Einrichtungen auf dieses Hinterland eingestellt ist, vollkommen veröde. Die Rückwirkung im Zusammenhang hiermit auf die übrigen Zweige der Danziger Wirtschaft müßte verheerend sein.

Danzig ist in die Zollgrenze Polens eingeschlossen worden, damit die für Polen bestimmten Waren auch in Danzig endgültig verzollt und ungehindert nach Polen weitergesandt werden können. Diese Regelung sei nicht nur im Interesse Polens, sondern auch im Interesse Danzigs erfolgt, wie es z. B. aus dem Warschauer Abkommen hervorgeht, nach welchem die Regierung Polens verpflichtet ist, in ihren Zollgesetzen die Interessen der Freien Stadt Danzig zu schützen. Wenn in Danzig nur die für Danzig selbst bestimmten Waren verzollt werden sollten, so wäre nicht einzusehen, warum diese Waren nach polnischer Gesetzgebung und polnischen Zolltarifen verzollt werden, warum ihre Verzollung von polnischen Zollinspektoren überwacht werden soll, warum Polen Anteil an den für diese Waren gezahlten Zöllen, warum polnische Einfuhrbewilligungen für diese Waren erforderlich sein sollen usw. Die Verordnung stehe hiernach also in einem unvereinbaren Widerspruch zu den Danzig-polnischen Verträgen.

In Erwägung dieser feststehenden Rechtslage und in Anbetracht der Tatsache, daß bei Durchführung dieser Verordnung bleibende Schäden entstehen würden, die auf keine Weise wieder gutgemacht werden könnten, hat sich die Regierung des Senats im Einvernehmen mit dem gesamten Senat entschlossen, die Danziger Zollverwaltung anzuweisen, **diese Verordnung nicht zur Ausführung zu bringen.**

Trotz der Nichtdurchführung der Verordnung ist der Senat sich jedoch darüber im klaren, daß diese Tatsache der Nichtdurchführung allein nicht genügen kann, um schwere Schäden von Danzigs Wirtschaft abzuwenden. **Schon allein auf die Nachricht von dem Erlaß der Verordnung sind sofort im großen Umfange Waren und Schiffe von Danzig nach Gdingen umgeleitet worden.** Solange die Verordnung nicht aufgehoben ist, werden nicht nur polnische, sondern auch sehr schwer ins Gewicht fallende internationale Wirtschaftskreise sich nicht entschließen können, sich bei der Einführung von Waren aus dem Zollauslande des Danziger Hafens und des Danziger Handelsapparates zu bedienen. Die hieraus dem Danziger Handel und der gesamten Danziger Bevölkerung erwachsenden Schäden müssen so groß werden, daß sie von Danzig nicht getragen werden können. Aus diesem Grunde muß sich die Danziger Regierung im Namen der gesamten Danziger Bevölkerung die **Anmeldung von Schadenersatzforderungen, für die Polen allein verantwortlich gemacht werden muß, vorbehalten.**

Um die bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden und um die zweifellos noch eintretenden Komplikationen zu verringern, muß der Senat an den diplomatischen Vertreter Polens die Bitte richten, bei seiner Regierung wegen sofortiger Aufhebung der Verordnung vorstellig zu werden.

Wie hierzu von zuständiger Danziger Seite noch mitgeteilt wird, hat die Danziger Regierung inzwischen an das Danziger Landeszollamt die entsprechende Anweisung ergehen lassen. Die Danziger Zollverwaltung wird also entsprechend den alten Bestimmungen der Danzig-polnischen Zollgemeinschaft die in das Danzig-polnische Zollgebiet eingeführten Waren in der bisherigen Form zollamtlich abfertigen. Die Danziger Regierung behält sich weitere Maßnahmen vor.

Im übrigen läßt sich der Standpunkt der Danziger Regierung dahin umschreiben, daß sie ihre weiteren Maßnahmen von der polnischen Antwort auf die Danziger Note sowie von den weiteren Schritten Polens abhängig machen wird. Die Danziger Regierung ist jederzeit zu neuen Verhandlungen und zu einer Verständigung mit Polen über die in letzter Zeit entstandenen sachlichen Meinungsverschiedenheiten bereit.

Verhaftung von Deutschnationalen in Danzig.

Danzig, 23. Juli. Wegen Verbreitung von Flugblättern, in denen die Danziger Regierung, laut Bericht der Pressestelle, „in übelster Weise beschimpft und beleidigt wird", hat die Danziger politische Polizei einige **Mitglieder der Deutschnationalen Partei verhaftet.**

Was nun?

Die einschneidende Maßnahme der polnischen Regierung gegen die Freie Stadt Danzig und die erregte Antwort der Danziger Regierung lassen ein außerordentlich gespanntes Verhältnis zwischen beiden Seiten erkennen, wie man es nach den „Freundschaftsbeteuerungen" der letzten Zeit eigentlich nicht hätte erwarten dürfen. Der Ursprung dieser neuerlichen Spannung liegt zweifellos bei den von der Danziger Naziregierung angeordneten Devisenbeschränkungen. Die Danziger nationalsozialistischen Politiker haben wohl auf die mit Polen angebahnte „Freundschaft" gerechnet und gehofft, daß man polnischerseits mit Rücksicht auf diese „Freundschaft" über die Verletzung des polnisch-Danziger Abkommens ein Auge zudrücken werde. Diese kurzsichtige Politik der Danziger Naziregierung hat sich nun bitter gerächt.

Zweifellos stellt die letzte Maßnahme der polnischen Regierung einen ungeheuren Schlag für die Freie Stadt dar und müßte bei dauernder Anwendung den völligen Ruin der Danziger Wirtschaft zur Folge haben. Aber auch selbst dann, wenn es sich hierbei nur um eine Uebergangsmaßnahme handelt, womit doch allenfalls zu rechnen ist, so wird dies aber schon genügen, um die Stellung Danzigs als Handelsplatz für Polen erneut bedeutend zu schwächen und zu einer Stärkung der Handelsstellung Gdingens führen, was ja auch schließlich ganz im Interesse der polnischen Handelspolitik liegt.

Angesichts dieser polnischen Maßnahme ist die über die Maßen starke Erregung der Danziger Naziregierung, die aus der oben veröffentlichten Protestnote spricht, nur verständlich. **In der Praxis angewandt bedeuten aber die polnischen Zollmaßnahmen gegen Danzig und die Erklärung der Danziger Regierung, daß sie diese polnische Neuerung nicht zur Kenntnis nehme, wie auch die Anordnung an die Danziger Zollbeamten, bei der Zollabfertigung die neue polnische Verordnung nicht zu beachten, den Ausbruch des Zollkrieges zwischen Danzig und Polen.**

Es bleibt abzuwarten, welche Entwicklung die Dinge nunmehr nehmen werden. Es ist ohne Zweifel, daß dieser Zustand unhaltbar ist, und falls es nicht schon in den nächsten Tagen zwischen beiden Seiten zu einer Beilegung der Differenzen und zur Aufhebung der Kampfmaßnahmen kommen sollte, der Völkerbund eingreifen muß, um den Rechtszustand im Verhältnis zwischen Polen und Danzig wieder herbeizuführen.

Jedenfalls ist die Entwicklung der Dinge zwischen Polen und Danzig ein charakteristisches Kapitel zu der Politik der offiziellen „Freundschaften" der letzten Zeit.

Papee nach Warschau abgereist.

Danzig, 23. Juli. Der polnische Generalkommissar für Danzig, Minister Papee, ist heute abend nach Warschau abgereist.

Neuer Ostkonflikt.

Mandschukuo gegen Mongolei.

Dairen (Dalnyi), 23. Juli. Der Konflikt zwischen dem von Japan unterstützten Mandschukuo und der Mongolischen Republik hat eine bedrohliche Wendung angenommen. Die Kwantungarmee stellte der Regierung der Mongolischen Republik ein Ultimatum, in dem sie verlangt, daß die Mongolei die Zustimmung zur Regelung der strittigen Angelegenheiten durch eine Sonderkommission erteile, da sonst die Kwantungarmee die mongolischen Truppen mit Gewalt aus den Gebieten an der mandschurischen Grenze vertreiben würde.

Hitlers Volksgemeinschaft!

Unsere Nazianbeter werden nicht müde, der deutschen Minderheit in Polen die „Volksgemeinschaft" nach dem Muster des Dritten Reiches anzuempfehlen, wobei sie sich besonders auf den Erfolg Hitlers berufen, der es in den wenigen Jahren seiner Regierungstätigkeit verstanden hat, die Einheit des Volkes herzustellen. Die Ableger des Propagandaministeriums in Polen, — denn als etwas anderes kann man die deutschbürgerliche Presse in Polen nicht bezeichnen, — sind andererseits bemüht, den Aufschwung der Wirtschaft in den hellsten Farben zu malen, wobei auf die Senkung der Arbeitslosenziffer und die Arbeitsbeschaffung besonders hingewiesen wird. Mit einer traurigen Miene wird dann hinzugefügt, wie herrlich es jenseits der Grenze ist und in welch elendem Dasein sich das Leben der deutschen Minderheit hierorts vollzieht. Man wagt zwar nicht ganz offen zu sagen, daß man es auch hier so haben möchte, aber alle Hinweise sollen zeigen, daß es auch bei uns vorwärts gehen wird, wenn erst die „Volksgemeinschaft" auf der ganzen Linie sich durchgesetzt haben wird. Damit wird naturgemäß der Termin, wann es uns in der „Volksgemeinschaft" besser gehen wird, auf sehr weiter Sicht hinausgeschoben, denn einstweilen wird um diese der Kampf auf mehr als fünf Fronten geführt, wie wir dies durch eine Reihe von Artikeln an anderer Stelle unserer „Volkszeitung" darlegen konnten. Denn es ist nämlich noch nicht ganz klar, wer denn der eigentliche Träger dieser „Volksgemeinschaft" in Polen innerhalb der deutschen Minderheit ist. Bekanntlich nimmt dies für sich in Posen—Pommerellen die Deutsche Vereinigung, in Oberschlesien die Jungdeutschen, der Volksbund, der Volksblock und die Deutsche Partei in Anspruch, wozu noch ein sogenannter Deutscher Bildungsverein und in Mittelpolen Uttas Volksverband um die Palme der Sieger ringen.

Alle diese Lager interpretieren das Muster dieser Volksgemeinschaft einwandfrei nach dem Dritten Reich, wobei nicht versäumt wird, recht ausführlich bei passender und unpassender Gelegenheit Hitlers „Mein Kampf" zu zitieren, und, wo es nicht langt, müssen Rosenberg und Göbbels herhaltei. Die religiöse Mystik der alten Germanen wird gleichfalls reichlich angewendet, nur die wahren Vorgänge dieser reichsdeutschen Volksgemeinschaft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht werden verschwiegen und wenn hier und da doch etwas durchsickert, so wird es einfach als Greuelpropaganda hingestellt, owelche die Aufgabe habe, das deutsche Volk in seinem Aufbau aufzuhalten und die Führung des Dritten Reiches zu mißkreditieren. Nun wird man es uns nicht übelnehmen, wenn wir uns zur Beurteilung der Auswirkungen dieser Volksgemeinschaft ausschließlich auf die reichsdeutsche Presse berufen, von der doch unsere Nazianbeter nicht behaupten werden, daß sie Greuelpropaganda betreibt. Es hat sich in den letzten Wochen und insbesondere in den letzten Tagen manches im Dritten Reich ereignet, worüber selbst Göbbels Posaunen nicht schweigen können, und aus dem Zentralorgan Hitlers, dem „Völkischen Beobachter", regnet es Feuer nach allen Richtungen, ob es gegen Katholiken oder Juden, gegen Stahlhelm oder Kommunisten, gegen die Reaktion oder Sozialisten, ja gegen die eigenen abtrünnigen Parteigenossen in Danzig ist, mit versteckten Seitenhieben gegen die Reichswehr, die sich der Totalität in der Wehrfrage der Partei nicht unterordnen will. Man kann sogar nicht mehr verschweigen, daß sich die Abeiterschaft zur Abwehr bereit hält und versetzt dann einige Hiebe auch der Industrie, die sich scheinbar der neuen Zeit noch immer nicht angepaßt hat. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß diese nervöse Stimmung auf Mißerfolge zurückzuführen ist, die etwas vorlaut als ein Sieg der deutschen Außenpolitik ausgerufen wurden.

Nach dem Abschluß des Flottenabkommens mit England war in weiten Kreisen des deutschen Volkes trotz aller innerpolitischen Spannungen die Meinung zeitweilig vertreten, daß es Hitler doch schaffen wird. Um so größer war jetzt die Enttäuschung, als selbst im „Völkischen Beobachter" festgestellt werden mußte, daß die Rede des englischen Außenministers nichts anderes sei, als die Zuflucht Englands in die französische Armee. Um nun diese Enttäuschung abzulenken, fanden die Judenpogrome in Berlin statt, wobei man auf die Provokation von „unsauberen Elementen" hinzuweisen versuchte, was allerdings nicht verhinderte, daß sich das Ausland mit dieser neuen Judenhetze sehr ausführlich beschäftigt und sie als eine Entspannung innerpolitischer Schwierigkeiten betrachtet. Die Vorgänge in Münster, der Kampf des Bischofs von Gall gegen Rosenberg und Frick und die Erklärung Görings gegen die katholische Kirche und ihre angeblichen politischen Bestrebungen zeigen diese Volksgemeinschaft in einem sonderbaren Licht, die jetzt noch durch die Protestnote des Vatikans besonders unterstrichen werden. Ein Blick in die reichsdeutsche Presse und man kann in einem Zug von Massenurteilen wegen angeblichen Hochverrats lesen, die in die hunderte von Jahren an Gefängnis und Zuchthaus gehen, Massenverhaftungen angeblicher Kommunisten, dann das Verbot des Stahlhelms in Baden und im Saargebiet, die Provokation des Stahlhelms in Berlin, daß man die englischen Frontkämpfer nicht das Stahlhelmheim besuchen ließ, die Verhaftungen einer Anzahl von Pastoren, die gegen den Reichsbischof Müller opponieren, — alles Anzeichen der „Volksgemeinschaft", die nichts anderes, als den Zersetzungsprozeß des Dritten Reiches in allen seinen Erscheinungen offenbart und eben das Gegenteil dieser uns in so herrlichen Tonarten geschilderten „Volksgemeinschaft" dokumentiert.

Man hat es entschieden abgeleugnet, daß Streiks in den letzten Tagen seitens der Arbeiterschaft durchgeführt wurden, aber in verschiedenen Lokalnotizen der Nazipresse wird zugegeben, daß hier und dort doch die Arbeitsfront vermitteln mußte, weil zwischen Betriebsleitung und Belegschaft Differenzen vorkamen, die zur zeitweiligen Einstellung der Arbeit führen. So war es in Hamburg, Bremen und Dortmund, in einigen Gruben von Westfalen und in zahlreichen Großbetrieben in Berlin. Nur „zeitweilige Unterbrechungen der Arbeit", sagt man, um Differenzen zu bereinigen, was naturgemäß im Nazisinne keine Streiks sind. Dabei wird nicht verschwiegen, daß die Teuerung, besonders des Brotes, in den letzten Tagen eine heftige Erregung innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen hat, man fordert Opfer von der Bevölkerung, weil es an Fleisch mangelt und Fette auf verbilligende Karten überhaupt nicht zu haben sind. Daß es mit den Finanzen sehr, sehr schlecht steht, wird nicht verschwiegen, wenn auch die Schuld dem Ausland zugeschoben wird, welches den deutschen Export sabotiert. Daß man selbst die fälligen Schulden nicht zahlt, das gehört zum Geist der deutschen Volksgemeinschaft, deren Unterhalt im Ausland durch den Fonds des Göbbelschen Propagandaministeriums Millionen verschlingt.

Gegen Kommunisten und Sozialisten wird, neben den Juden und Katholiken, jetzt eine Generaloffensive eingeleitet, Massenverhaftungen sind nach der reichsdeutschen Presse in vollem Gange und man nimmt jetzt auch schon die Reaktionäre in ihrem eigenen Interesse in Schutzhaft, wie dies durch das Verbot der Studentenverbindungen bekannt geworden ist. Aber weit heftiger, wenn auch dem Urteil der Oeffentlichkeit noch entzogen, vollziehen sich die Gegensätze zwischen Nazipartei und den Allmächtigen der Reichswehr, die zum Teil offen für die unterdrückten Kirchen eintreten und die Reichswehr an deren Prozessionen teilnehmen lassen, teils bei Verhaftungen von Pastoren für deren Befreiung eintreten. Hier kann man die Seitenhiebe gegen die Reichswehr insbesondere im „Völkischen Beobachter" studieren, der sich dagegen zur Wehr setzt, daß gewisse reaktionäre Elemente dem Führer einflüstern, daß die Partei ihre Aufgabe erfüllt hätte und nun abzutreten habe. Welche Rolle hierbei Hitler selbst spielt, soll nicht weiter untersucht werden. Tatsache bleibt, daß ihm nahestehende Kreise das Gerücht kolportieren, daß er Gefangener der Generalität wäre.

Wir könnten an der Hand von Pressestimmen diesen Zustand der „Volksgemeinschaft" weiter illustrieren, um Beweise dafür zu erbringen, daß diese „Volksgemeinschaft" ein einziger Zersetzungszustand des Dritten Reichs in allen seinen Formen ist. Man spricht auch heute ziemlich offen davon, daß die Mark bereits und 36 Prozent entwertet sei und erwartet Ende des Jahres eine offene Abwertung durch die Regierung, angeblich um dem Ausland zu beweisen, daß man in Deutschland auch noch anders kann. Obgleich die Vorgänge in Danzig verschwiegen und die Darstellungen der Zustände ins Gegenteil verkehrt werden, stützen weite Kreise selbst der Nazis sich darauf, daß es bald mit dem Nazismus zu Ende geht und Danzig nur der Anfang sein soll. Freilich ist man nicht so naiv, um den Zusammenbruch von heut auf morgen zu erwarten, aber daß er im Anzug ist, wagen selbst treue Nazis nicht mehr zu bestreiten, was allerdings alles Schuld des Auslands ist, welches die deutsche Volksgemeinschaft nicht begreifen will.

Wir erwarten nicht, daß unsere Nazianbeter aus unseren Ausführungen etwas hinzulernen werden, sie sind durch die reichsdeutsche Korruption ihrer „Organisationen" so „begeistert", daß sie erst nach dem völligen Zusammenbruch ihrer Volksgemeinschaft begreifen werden, welche Katastrophe sie selbst in der deutschen Minderheit in Polen herbeigeführt haben.

Italien verlangt die Annektion Abessiniens

Nur noch ganz geringe Aussichten für friedliche Regelung des Konflikts. Die englischen Bemühungen in Rom gescheitert.

London, 23. Juli. Wie der diplomatische Korrespondent des Reuter-Büros berichtet, besteht nur noch ganz geringe Aussicht, daß die in Rom geführten diplomatischen Verhandlungen die Möglichkeit einer friedlichen Regelung des Konflikts zwischen Abessinien und Italien ergeben werden. Italien weicht von seinem Standpunkt nicht ab, daß nur eine Annektion oder zumindestens eine teilweise oder vollkommene politische Kontrolle Abessiniens eine Befriedigung der italienischen Wünsche darstellen könnte.

Der britische Botschafter in Rom, Sir Erick Drummond, drang auf die italienische Regierung ein, sie möge den Streitfall mit Abessinien dem Völkerbund übergeben, doch lehnen die Italiener eine solche Lösung ab. Sollte nun Italien seinen Standpunkt im Völkerbundrat nicht vertreten, so wird wahrscheinlich gegenüber Italien der Artikel 12 des Völkerbundpaktes angewandt werden. Dieser Artikel sieht vor, daß Mächte, die einen Streitfall dem Völkerbundrat vorgelegt haben, unter keinen Umständen vor Ablauf von drei Monaten nach einem Schiedsspruch oder nach dem Bericht des Völkerbundrates zu Kriegshandlungen greifen sollen.

Nächste Woche Völkerbund.

London, 23. Juli. Wie Reuter aus Paris meldet, beziehungsweise bestätigt, haben sich die französische und die britische Regierung darüber geeinigt, daß der Völkerbundrat nächste Woche zusammentreten soll. Das genaue Datum soll durch Litwinow, dem Präsidenten des Völkerbundrates, der in diesen Tagen in Paris erwartet wird, festgesetzt werden. Diesem Beschluß ging ein Besuch des britischen Botschafters Clerk in Paris bei Laval voraus. Auch Avenol, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist in Paris eingetroffen. Wie es heißt, soll der Völkerbund die gesamte abessinische Frage auf Grund des Artikels 15 des Völkerbundes behandeln. Art. 15 sieht die Regelung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundes vor, und zwar derart, daß jede Partei den Streitfall vor den Völkerbundrat bringen kann und daß der Völkerbundrat für den Fall, daß er die Streitfrage nicht beilegen kann, einen Bericht und Empfehlungen veröffentlicht. Eine Entscheidung auf Grund dieses Artikels würde es den übrigen Mitgliedern des Völkerbundrates offen lassen, die „erforderlichen Maßnahmen" zu ergreifen.

Avenol bei Laval.

Paris, 23. Juli. Ministerpräsident Laval hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol. Da es sich jedoch um einen „privaten" Aufenthalt Avenols in Paris handelt, wird über die Unterredung keine amtliche Mitteilung ausgegeben. Das Gesprächsthema ist durch den Abessinienstreitfall und durch den bevorstehenden Zusammentritt des Völkerbundes gegeben.

Italienische Kolonialtruppen desertieren.

Wie die „United Preß" erfährt, haben bisher insgesamt 900 Deserteure der ostafrikanischen Expeditionstruppen Italiens die jugoslawische Grenze überschritten. Täglich kommen, so wird berichtet, fünf bis sechs Flüchtlinge bei Fiume und Susak über die Grenze, aber auch aus den übrigen Teilen des Grenzgebiets von Susak bis Postumia werden Grenzübertritte junger Soldaten gemeldet, deren Truppenteile verladen werden sollen.

Reisende aus dem italienischen Grenzgebiet berichten, daß die Italiener, im Grenzwinkel von Postumia starke Truppenkontingente zusammengezogen hätten. Von Susak bis zum Triglav erstreckten sich modern ausgebaute Schützengräben; die Ursache dieser Truppenkonzentrationen sei vermutlich in der österreichischen Frage zu suchen.

„Giornale d'Italia" veröffentlicht einige Angaben über das von General de Bono während der 6 Monate seines Oberkommissariates in Ostafrika geleistetes Werk. Das Blatt führt aus: „Was die Gesundheitsverhältnisse anbetrifft, so beträgt die Zahl der italienischen Soldaten, die in den letzten Monaten gestorben sind, siebzig. Es handelt sich bei diesen Todesfällen keineswegs um Malaria, Dysenterie oder Typhus, sondern meistens um Sonnenstiche. Es ist reichlich gutes Wasser vorhanden. Es wird verteilt auf der Grundlage von täglich 10 Liter pro Person und 20 Liter pro Pferd oder Maulesel. Für den Transport von Lebensmitteln werden Schiffe mit eisgekühlten Räumen verwendet."

Religiöse Unruhen in ganz Irland

Vorgehen der Katholiken gegen Protestanten und Freimaurerlogen. Protestantische Kirche in Brand gesteckt.

Dublin, 23. Juli. Die politisch-religiösen Unruhen in Belfast haben auch auf den irischen Freistaat übergegriffen. In Clones und Lemerick stürmten die Katholiken mehrere Häuser von Protestanten und richteten große Zerstörungen an. In Lemerick ging die erregte Menge gegen zwei Freimaurerlogen vor und zertrümmerte die Scheiben einer protestantischen Andachtshalle. Besonders gespannt ist die Lage in Cilmallock in der Grafschaft Lemerick, wo eine protestantische Kirche in Brand gesteckt wurde und bis auf die Grundmauern niederbrannte. Auch drei Häuser von Protestanten wurden schwer beschädigt. In Clones ging eine Freimaurerloge in Flammen auf. In Trim in der Grafschaft Meath ging die Menge ebenfalls gegen eine protestantische Kirche vor und zertrümmerte mehrere wertvolle alte Kirchenfenster. In Lemerick werden die Straßen seit Montag von Truppen mit aufgepflanzten Seitengewehren bewacht.

Der verschärfte Kurs in Berlin.

Ursachen und Wirkungen.

Ueber die mutmaßlichen Zusammenhänge, die zu dem Rücktritt des Berliner Polizeipräsidenten, des Konteradmirals a. D. v. Levetzow geführt haben, erfährt man inzwischen weitere Einzelheiten. Das Verhalten der Polizei anläßlich der judenfeindlichen Ausschreitungen am Kurfürstendamm hat den Gegenstand eingehender Erörterungen gebildet. Einerseits hätte man gewünscht, daß dieser Spuk, durch den der gute Ruf der Reichshauptstadt gefährdet erschien, nicht erst solche Dimensionen annehme, andererseits verübelt man es aber auch den Beamten des Herrn von Levetzow, daß sie gegen die Demonstranten verschiedentlich sehr scharf vorgingen und Verhaftungen von Angehörigen der der Partei angeschlossenen Organisationen vornahmen.

Herr von Levetzow hatte es durchgesetzt, daß an die Berliner SA am Tage nach den Kurfürstendamm-Ausschreitungen der Befehl erging, sich nur noch in Uniform auf der Straße zu zeigen. In den Parteikreisen hatte man es aber Levetzow sehr verübelt, daß diese Anordnung auf seine Veranlassung hin erlassen werden mußte, zumal durch die Veröffentlichung des SA-Befehls die Zusammenhänge auch für breitere Kreise erkennbar wurden. Daß kaum 48 Stunden später der SA-Befehl zurückgenommen wurde, stellte eine Desavouierung für den Polizeipräsidenten dar, der diese Maßnahme gefordert hatte. Levetzow zog daraus die Konsequenzen und trat zurück.

Als voraussichtlicher Nachfolger wurde in manchen Kreisen der Nürnberger Gauleiter und „Stürmer"-Herausgeber Streicher genannt. Aber diese Kandidatur hatte, wohl mit Rücksicht auf das Ausland und die im Jahre 1936 stattfindende Olympiade, keine besondere Aussicht.

Man muß somit annehmen, daß die Ernennung des Grafen Helldorf zum Berliner Polizeipräsidenten als eine Konzession an die SA zu werten ist, die über das Vorgehen der Polizei und über den Uniformbefehl nicht erfreut war. Tatsächlich hat der neue Polizeipräsident bereits einen scharfen Kurs angesagt, der sich gegen alle richten soll, „die dem neuen Staat feindlich gegenüber stehen", von der Bekämpfung „jüdisch-intellektueller Kreise", über kommunistische und reaktionäre Kreise, bis zum „politischen Katholizismus" und den „letzten Resten von Unterwelttum und Ringvereinen".

Neue Kundgebungen am Kurfürstendamm. Der „Stürmer" verboten.

Während die deutsche Presse sich über die Berichterstattung der ausländischen Zeitungen über die antisemitischen Aktionen in Deutschland beschwert, nimmt die Welle antisemitischer Ausschreitungen ihren Fortgang mit neuen Krawallen. In der Nacht zum Sonnabend war der Kurfürstendamm wieder Schauplatz von judenfeindlichen Krawallen. Gruppen von Halbwüchsigen zogen unter dem Kampfruf „Juda verrecke!" von Lokal zu Lokal und vertrieben die jüdisch aussehenden Besucher, die vielfach auch tätlich belästigt wurden. Verschiedene Kaffeehäuser, darunter „Dobrin", „Bristol", „Reimann" und „Wien", wurden gezwungen, zu schließen. Der Inhaber des Cafes „Dobrin" hatte die Absicht, das Cafe wegen der wiederholten Demonstrationen für einige Zeit zu schließen. Von der Arbeitsfront wurde ihm aber eröffnet, daß eine Schließung des Betriebes im Interesse der Angestellten vermieden werden müsse.

Das Verbot für Juden, in öffentlichen Badeanstalten zu baden, wird zu einer über ganz Deutschland gehenden Mode. So hat die Stadtverwaltung Stettin den Juden mit sofortiger Wirkung die Benutzung der Städtischen Schwimmbäder „Glambeck-See" und „Martin-See" verboten. Auswärtigen Besuchern, so z. B. den schwedischen Kindern, die kürzlich in Stettin weilten, soll es aufgefallen sein, daß diese Stettiner Bäder von Juden besucht wurden. Immerhin eine Begründung!

Im Ausland sind die Vorgänge der vorigen Woche eingehend besprochen worden und haben die öffentliche Meinung, vor allem in England, schwer beeindruckt. Es ist vielfach zu Protestkundgebungen gekommen. So wird aus London gemeldet, daß die deutsche Botschaft die Abordnung englischer Frauen aller Volksschichten, die gegen die antisemitische Politik des Dritten Reiches protestieren wollten, nicht empfangen wird. Die antisemitische Stimmung ist bekanntlich durch Streichers Wochenschrift „Der Stürmer" ständig gesteigert worden. Im Auslande hat die Tatsache des Erscheinens eines solchen Blattes immer die Meinungsbildung über Deutschland belastet. Nach den letzten Vorfällen in Berlin ist überall auf die Möglichkeit von Zusammenhängen zwischen der Arbeit des „Stürmer" und den judenfeindlichen Krawallen hingewiesen worden. Jetzt ist der „Stürmer" in Deutschland verboten worden, doch ist über die Begründung zuerst Näheres noch nicht bekannt. Man nimmt wohl mit Recht an, daß das Verbot weniger um der Stimmung im Inlande als vielmehr um der Stimmung im Auslande willen ausgesprochen ist.

Das Ende des Stahlhelm.

Versammlungsverbot für den Stahlhelm auch in Erfurt.

Erfurt, 23. Juli. Auf Grund des Gesetzes vom 28. Februar 1933 „zum Schutze von Volk und Staat" hat die Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Erfurt das Tragen von Abzeichen oder von einheitlichen Kleidern jeder Art, die die Zugehörigkeit zum Stahlhelm kennzeichnet, verboten. Gleichzeitig sind alle Versammlungen einschließlich Pflichtappelle des Stahlhelm und das öffentliche Zeigen der Fahnen des Stahlhelm verboten worden.

Das „Deutsche Nachrichtenbüro" versieht die Meldung mit folgendem Kommentar: Die getroffenen Maßnahmen sind durch die Tatsache gerechtfertigt, daß in letzter Zeit in großem Umfange Aeußerungen und Handlungen einer Reihe von Stahlhelmmitgliedern vorgekommen sind, die in unverkennbarer Weise die staats- und parteifeindliche Einstellung weitester Kreise des Stahlhelm klar zutage treten ließen und zu strengsten Maßnahmen staatspolizeilicher Art Anlaß gaben.

5 Millionen Flüchtlinge in China.

Hungersnot und Seuchen. — Folgen der Ueberschwemmung.

Schanghai, 23. Juli. Die Ueberschwemmungen im Gebiete des Gelben Flusses nehmen bei anhaltend schweren Regenfällen immer drohendere Formen an. Die Wassermassen erfassen täglich neue Städte und Dörfer. Die Verluste an Menschenleben und Eigentum sind unabschätzbar. Der Gouverneur von Schantung gibt die Zahl der Flüchtlinge mit fünf Millionen an. Unter ihnen sollen Hungersnot und Seuchen herrschen. Die Behörden entsandten Hunderte von Booten mit Nahrungsmitteln und Medizin. Die Lage im Gebiete des Yangtse-Flusses ist bei langsam zurückgehendem Wasserstand etwas günstiger. Die Behörden von Henn Pupeh haben mit Hilfe von Flugzeugen Erkundigungen über das Ausmaß der vom Hochwasser des Yangtse- und des Han-Flusses verheerten Gebiete angestellt und festgestellt, daß die Ueberschwemmung der des Jahres 1931 gleichkommt. Allein in Hankau sind bisher 130 000 Flüchtlinge eingetroffen.

Aschenregen in Südamerika.

Buenos Aires, 23. Juli. Ueber der Stadt Catamarca, der Hauptstadt der im argentinischen Anden-Gebiete liegenden Provinz gleichen Namens, geht seit den frühen Morgenstunden ein ununterbrochener Regen von Vulkanasche nieder. Man nimmt an, daß der Aschenregen von einem verstärkten Ausbruch des in ununterbrochener Tätigkeit befindlichen südlich von Aconcagua liegenden Vulkans Decepitado stammt, der vor einigen Jahren große Teile Argentiniens und sogar die Bundeshauptstadt Buenos Aires mit einem Aschenregen überschüttete.

Regierungskrise in Holland?

Die Mehrheit der Kammer gegen die Sparvorlagen der Regierung.

Amsterdam, 23. Juli. Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fand im Dienstag in der zweiten Kammer eine Aussprache über eine von der Regierung eingebrachte Sparsamkeitsvorlage und zugleich damit über die allgemeine Politik des Kabinetts Colijn statt.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten lehnten die Regierungsvorlage entschieden ab und übten an der Politik der Regierung scharfe Kritik. Auch die stärkste Fraktion der Kammer, die katholische Partei, kündigte im Verlauf der Aussprache durch ihren Fraktionsführer der Regierung die Gefolgschaft auf. Auch einige kleinere Gruppierungen lehnten die Politik der Regierung ab.

Angesichts dieser Lage der Dinge wurde die Sitzung am Nachmittag unterbrochen und eine Abendsitzung anberaumt.

In der am Dienstag um 21 Uhr eröffneten Abendsitzung ergriff sofort Ministerpräsident Dr. Colijn das Wort, um zu der neuen politischen Lage Stellung zu nehmen, die durch die am Nachmittag von den Vertretern der verschiedenen Parteien abgegebenen Erklärungen zum Regierungsprogramm geschaffen wurde. Das Kabinett, so erklärte der Ministerpräsident, sei angesichts der Stellungnahme der Parteien der Auffassung, daß eine weitere Fortsetzung der Kammerdebatten über die Sparvorlagen keinen Sinn mehr habe. Er halte deshalb eine sofortige Vertagung der Aussprache für notwendig, um der Regierung Gelegenheit zur Prüfung der Frage zu geben, welche Folgerungen sie aus der veränderten parlamentarischen Lage zu ziehen habe. Dem Ersuchen des Ministerpräsidenten wurde sofort entsprochen und der Kammerpräsident vertagte die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Wie verlautet, wird am Mittwoch vormittag ein Ministerrat stattfinden, in dem die Regierung sich darüber schlüssig werden soll, ob sie der Königin ihre Dimission einreichen oder andere Maßnahmen in Vorschlag bringen soll.

Große Betrügereien einer französischen Bank.

25 Millionen Frank zu wenig.

Paris, 23. Juli. In den Räumen der Travellers-Bank, die wegen betrügerischer Spekulationen ihrer Inhaber ihre Schalter schließen mußte und deren Direktor das Weite gesucht hat, fand Dienstag durch den Untersuchungsrichter und Bankfachverständige eine erste Bestandaufnahme statt. Das Ergebnis ist für die Gläubiger der Bank und für die Kunden, die in den ersten Pariser Gesellschaftskreisen zu suchen sind, sehr betrüblich, denn die Passiven überwiegen um 25 Millionen Frank. In einem Geldschrank fanden die Beamten zu ihrer Ueberraschung noch 250 000 Frank in bar, die der Direktor bei seiner eiligen Flucht beim Kofferpacken übersehen hatte.

Neuyork, 23. Juli. Der Bankier B. Coles Neidecker von der Travellers-Bank in Paris wurde in einem Neuyorker Hotel verhaftet und dem Polizeihauptquartier eingeliefert. Die Pariser Polizei hat Neuyork telegraphisch darauf aufmerksam gemacht, daß die beiden Brüder des Betrügers, George William und Aubrey, wahrscheinlich mit dem am Donnerstag in Neuyork eintreffenden Dampfer „Baltimore" in Amerika landen werden und um Festnahme ersucht. Den zwei Komplicen des Betrügers, George Barrett und Mary Barrett, ist man ebenfalls auf der Spur.

Rote Sammlung in Jugoslawien

Wird man die sozialdemokratische Partei zulassen?

Ueber den Zusammenbruch der königlichen Diktatur in Jugoslawien ist schon ausführlich berichtet worden, und wenn alle Erscheinungen nicht täuschen, ist die Rückkehr zu normalen parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen möglich. Aber, was man für das Bürgertum für selbstverständlich hält, möchte man der Arbeiterklasse doch noch entziehen wollen. Zwar existieren die Gewerkschaften und in den Arbeiterkammern haben die „Roten" die Mehrheit, da die Sozialdemokratische Partei verboten ist. Zu den letzten Wahlen hat die Partei, trotz der ungeheuren Schwierigkeiten und des Terrors, ihre eigenen Listen aufgestellt, doch haben die militärischen Machthaber die Liste zur Wahl nicht zugelassen, wobei formale Gründe vorgeschoben wurden. Nachdem durch das neue Kabinett Stojadinowicz ein neuer Kurs eingeschlagen werden soll, haben die Arbeiter eine große Demonstration und Sportveranstaltung nach Celje im Banus Ljubljana (Laibach) einberufen, an dem über 12 000 Menschen teilnahmen. Dieser Demonstration ging eine Konferenz der früheren sozialistischen Funktionäre voraus, die beschloß, einen „Sozialistischen Bund der Arbeiter Jugoslawiens" zu begründen. Das Fest nahm einen Verlauf, der den Bürgern und Behörden scheinbar einen nicht geringen Schrecken in die Knochen jagte, denn eine Woche später verbot man den „Arbeiter-, Turn- und Kulturbund", der diese Sportveranstaltung durchführte. Man beruft sich in diesem Verbot darauf, daß Freundschafts- und Freiheitsrufe in der Demonstration erfolgt sind und daß politische Reden während der Feier gehalten wurden.

Man geht nicht fehl, daß das Verbot des „Arbeiter-, Turn- und Kulturbundes" nur deshalb erfolgte, um die Bildung der sozialistischen Partei zu verhindern. Bekanntlich hat Genosse Dr. Topalowicz, der frühere Vertreter Jugoslawiens im Genfer Internationalen Arbeitsamt, bereits einmal versucht, die sozialistische Bewegung zu beleben, was sofort unterbunden wurde. Jetzt kann man mit dem neuen Kurs nicht die Partei treffen, so rächt man sich wenigstens an den Arbeiterturnern. Denn eine solche Anzahl Demonstranten (wir gaben mit 12 000 Menschen die amtliche Ziffer wieder, während unser Bruderblatt, die „Volksstimme" in Maribor, von 15 bis 20 000 Teilnehmern spricht) hat man wohl nicht erwartet. Nun, der Sozialistische Bund der Arbeiter Jugoslawiens ist begründet und das Vorgefecht geschlagen, der Vormarsch der Roten wird nach fast 10jähriger Diktatur nicht mehr aufgehalten werden können.

Und so reiht sich mit Jugoslawien ein neuer Beweis an, daß man zwar die Partei durch ein Verbot vorübergehend treffen kann, daß aber die Idee unausrottbar, unbesiegbar dasteht, und wo nur eine Sammlung möglich ist, die Arbeiterklasse wieder ihren Mann stellt. So wird es auch in Oesterreich sein, so ist es in Deutschland und am deutlichsten schon in Spanien der Fall. Unser Gruß gilt daher den wackern Vorkämpfern der sozialistischen Bewegung in Jugoslawien!

Kulaken ermorden einen Kollektivbauern.

Moskau, 23. Juli. Wie die „Prawda" berichtet, wurde in der Nähe von Krasnojarsk in Sibirien der Vorsitzende einer Kollektivwirtschaft ermordet aufgefunden. Vier Täter, ehemalige Großbauern, wurden verhaftet.

Zwei Frauen bei Edelweißpflücken tödlich abgestürzt.

Aus Wien wird berichtet: Ein Hirte fand am Dienstag im Ankogel-Gebiet in Kärnten, eine der einsamsten Gegenden der österreichischen Alpen, die Leichen von zwei Bergsteigerinnen, die seit 9 Tagen vermißt werden. Die beiden Frauen sind offenbar beim Edelweißpflücken tödlich abgestürzt. Eine der Frauen hinterläßt fünf Kinder.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Lodz-Zentrum. Mittwoch, den 24. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung des Vorstandes und der Vertrauensmänner.

Bezirksvorstand. Freitag, den 26. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes.

Thomas Burians Rekordflug

Der Liebes- und Lebensroman eines Erfinders von Richard Heidrich

(5. Fortsetzung)

„Hier steht nicht zur Erörterung, ob ich in Eva Alter verliebt bin. Ich habe bereits gesagt, daß ich jede andere mir nahestehende Dame ebenfalls vor herabwürdigenden Blicken beschützen müßte. Und ich verlange, daß meine Auffassung in diesen Dingen respektiert wird."

„Sollte das ritterliche Eintreten für diese Dame nicht eher Furcht bedeuten — Furcht vor dem anderen, dem Rivalen?" höhnte Schaeffer.

„Ja, zum Donnerwetter, Herrschaften — jetzt läuft mir aber bald die Galle über!" fuhr Robert dazwischen. „Haben wir diesen Ferienausflug unternommen, damit wir drei auseinanderkommen? Diese verdammten Weibergeschichten!"

„Wer sagt dir denn, lieber Thomas, daß du richtig beobachtet hast? Konntest du dich nicht irren? Warum soll ein vielleicht bewundernder Blick gleich die Gedanken und Empfindungen in einem Menschen auslösen, die du bei Fritz vermutest ? Und von dir, Fritz, finde ich es unverständlich, daß du dich derart erregst und die ganze Sache durch höhnische Bemerkungen noch mehr aufbauschst. — Donnerwetter noch einmal! Wir haben uns vertragen seit der Zeit, als wir noch mit dem Hosenlatz herumspazierten. Warum sollen wir eines Mädels wegen auseinanderkommen, dem ihr vielleicht beide gleichgültig seid? Also, Herrschaften, seid friedlich! Ich stifte eine Pulle Aeppelwein, und da euer bierehrliches Inneres dieses edle Naß nicht vertragen kann, haut euch dann meinetwegen um das Besitzrecht eines bestimmten Ortes, nicht aber wegen des Mädels."

„Was ich gesehen habe, habe ich gesehen!"

„Und ich verlange die Zurücknahme der Beschimpfungen."

Diese Erklärungen wurden nicht mehr in so schroffem Ton abgegeben, was Robert ermutigte, Thomas aufzufordern, die scharfen Ausdrücke im Hinblick auf die lange gemeinsame Freundschaft mit Schaeffer zurückzunehmen, während er diesem nahelegte, den Streit durch die Erklärungen zu begraben, ihm habe eine Beleidigung Eva Alters ferngelegen.

Da die beiden Streitenden erkannten, wie ehrlich sich ihr gemeinsamer Freund bemühte, da sie auch nicht beabsichtigten, den Rest ihrer Ferien getrennt zu verleben, noch den Verkehr mit Vater und Tochter Alter dadurch zu gefährden, fanden sie sich schließlich zur versöhnenden Geste bereit.

Von diesem Tage ab aber lag ein Schatten auf dem bisher freundschaftlichen Verhältnis der beiden.

•

Der von den Freunden festgelegte Ferienaufenthalt näherte sich seinem Ende. Die gemeinsame Börse war arg zusammengeschmolzen, da die Folgen des Unfalls von Anfang an nicht mit in Rechnung gesetzt worden waren. Wenn auch Alter selbstverständlich die Arztkosten übernommen hatte, so wagte er doch nicht, für die jungen Leute auch die Miete und ihre Verpflegung zu bezahlen. Dagegen hatte er sie öfters eingeladen, seine Gäste zu sein. Aber das Leben in der Pension war teuer und nahm die Mittel der drei wegen des verlängerten Aufenthalts in Flinsberg mehr in Anspruch, als sie anfangs vermutet hatten.

Eines Tages hatte Thomas als Kassenverwalter die Freunde aufgeklärt ,daß sie Ende dieser Woche die Heimreise antreten oder den eisernen Bestand für die Fahrtkosten zur Rückreise angreifen müßten. So beschloß man denn, in zwei Tagen abzureisen.

Als Thomas über diesen Beschluß zu Eva sprach fuhr sie erschreckt auf.

„Aber warum wollen Sie denn schon abreisen? Die Semesterferien sind doch noch lange nicht zu Ende."

„Tja, verehrteste Eva — aber die Moneten gehen zu Ende! Und unsere alten Herren sind sowieso der Meinung gewesen, als hätten sie uns schon überreichlich die Reise finanziert."

„Aber Sie können doch alle drei noch ein paar Tage unsere Gäste sein", warf sie ein und schaute Thomas bittend an.

Der warf in seiner gewohnten herrischen Art den Kopf zurück, als ob man ihm eine persönliche Beleidigung angetan hätte. Er wollte eine scharfe Erwiderung sagen„ da bemerkte er jedoch den bedauernden und treuherzigen Blick seines Gegenübers. Und die Worte blieben ungesagt.

„Ich bitte Sie, Eva, wie können Sie einen solchen Vorschlag in Erwägung ziehen? Wir können doch nicht auf Kosten Ihres Herrn Vaters hier in dulce jubilo leben."

„Und warum denn nicht, wenn wir doch so tief in Ihrer Schuld stehen?"

„Ich habe schon einmal gesagt, daß von einer solchen Schuld gar keine Rede sein kann. Was sich da vor Friedeberg zugetragen hat, habe ich nie anders als eine selbstverständliche Pflicht für mich aufgefaßt. Diese Angelegenheit berechtigt Sie doch nicht, nun ständig von einer Schuld zu sprechen, die Sie mir gegenüber abzutragen hätten. Der Reisebeschluß ist übrigens unabänderlich. Ich habe bereits mit meinen Freunden darüber gesprochen. Einmal müssen wir ja doch abreisen. Vielleicht sehen wir uns gelegentlich wieder."

„Sie wollen ja nicht! Sie lehnen es ja ab, in meines Vaters Dienste zu treten."

(Fortsetzung folgt.)

Theater- u. Kinoprogramm.

Stadttheater: Gastspiele von Jaracz im „Chory z urojenia"
Sommertheater:
Staszic-Park: Heute Keine Vorstellung
Petrikauer94: Heute 9Uhr „Hurra, ein Junge"
Casino: Unsere Marinejungens
Corso: I. Hier regiert der Humor, II. Nächtlicher Flug
Europa: Die Wahrheit um die Liebe
Grand-Kino: Lebendes Pfand
Metro u. Adria: Der gestohlene Mensch
Miraż: Grossfürstin Alexandra
Palace: Die Welt ist verliebt
Przedwiośnie: Marquis Yorisaka
Rakieta: Liebesträume

Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich.
Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 3.—, wöchentlich Zloty —.75; Ausland: monatlich Zloty 6.— jährlich Zloty 72.—.
Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Gr., im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty
Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H.
Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel.
Hauptschriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe.
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Otto Heike
Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer 101

Lodzer Tageschronik.

Wahlvorbereitungen.

Die Vorbereitung der Wählerlisten zum Sejm. — Wie die Senatswähler „registriert" werden. — Die mutmaßlichen Kandidaten. — Werden unsere Nazis Herrn Mincberg wählen?

Gestern herrschte im Gebäude des Stadtrats, wo bekanntlich das Wahlreferat der Stadtverwaltung untergebracht ist, lebhaftes Treiben. Es wurnen 204 Schreiber zur Anfertigung der Wählerlisten zum Sejm angestellt. Mit der Anfertigung der Listen wird am 25. Juli begonnen werden, wobei die Arbeiten bis zum 5. August beendet sein müssen. Die Wählerlisten werden für die drei Wahlkreise gesondert angefertigt werden, wobei der 15. Wahlkreis in Lodz (nördlicher Stadtteil) 69 Bezirke umfaßt, der 16. Wahlkreis (Stadtmitte) 68 und der 17. Wahlkreis 67 Bezirke; insgesamt gibt es also in Lodz 204 Wahlbezirke. Im Sinne der Wahlvorschriften darf ein Wahlbezirk nicht mehr als 3000 Einwohner umfassen.

Der Termin für die Registrierung der Personen, die das Wahlrecht zum Senat besitzen, ist bekanntlich bis zum 27. Juli verlängert worden. Ueber die Zahl der sich tatsächlich zur Registrierung meldenden Personen ist bisher nichts Bestimmtes festzustellen. Nachdem sich in den ersten Tagen nur knapp 300 Personen gemeldet hatten, wurden schnell die Listen „ergänzt" durch Eintragung sämtlicher Mitglieder der Aerzte- und Advokatenkammer, des Ingenieur- und Architektenverbandes und anderer Organisationen, so daß die Zahl der „Registrierten" schnell gewachsen ist, indem man die Mitgliedslisten dieser Organisationen ganz einfach „registrierte". Aber es stimmt nicht alles und man hat wieder Nachprüfungen vorgenommen.

Interessant ist die mutmaßliche Verteilung der Lodzer Sejmmandate. Man soll schon die Kandidaten, bekanntlich 6 an der Zahl, hübsch festgestellt und eingeschrieben haben. Und zwar sollen sich in den drei Lodzer Bezirken folgende „Volksvertreter" wählen lassen: 1. Herr Mincberg, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde und bisheriger Abgeordneter des BB, 2. Herr Wislicki, Vertreter der jüdischen Kaufmannschaft und bisheriger Abgeordneter der BB, 3. Herr Malinowski, „Arbeiterführer" vom ZZZ und bisheriger Abgeorneter des BB, 4. Rechtsanwalt Biliński, eine eifrige Sanacjagröße, 5. Hauptmann Budzynski, Wojewodschaftssekretär des BB, 6. Herr Wadowski, „Führer" der Angestelltenorganisation des BB.

Eine hübsche Gemeinschaft lauter BB-Größen und man vermißt nur unsere deutschbürgerlichen Naziführer. Hat man sie wirklich so gänzlich übergangen? Oder wird Herr Mincberg oder Herr Wislicki jetzt Herrn Utta vertreten? Man hatte doch schon einmal ein Bündnis mit zionistischen Juden geschlossen, jetzt wird aber die Sache etwas schwieriger sein.

Beilegung des Konflikts mit den Aerztegehilfinnen.

Bei Einführung des neuen Organisationssystems des Heilwesens der Lodzer Sozialversicherungsanstalt, das bekanntlich u. a. in der Einführung der sogenannten Aerzterayons besteht, entstand zwischen den Rayonärzten und den von ihnen beschäftigten Gehilfinnen ein Konflikt wegen der Höhe des Gehalts als auch wegen der Arbeitszeit. Um es zu keinem Streik kommen zu lassen, wurden Verhandlungen aufgenommen, die von seiten der Aerzte von einem Fünferausschuß und von seiten der Gehilfinnen von deren Verband geführt wurden. Nach längeren Verhandlungen ist es nun vorgestern abends zum Abschluß eines Abkommens gekommen, das sowohl die Lohnfragen wie die Arbeitszeit regelt. Das Gehalt einer Aerztegehilfin wurde bei Bedienung von zwei Aerzten mit 120 Zloty und bei drei Aerzten mit 150 Zloty monatlich festgesetzt. Die Aerzte haben von ihrem Verlangen, daß eine Gehilfin auch vier Aerzte bedienen soll, abgesehen. Das Abkommen ist unbefristet, mit dem Recht der dreimonatigen Kündigung für beide Seiten. (a)

Unfall bei der Arbeit.

In der Schlosserwerkstatt in der Nowa 31 geriet der Arbeiter Stefan Osieja, wohnhaft Sloneczna 35, mit der linken Hand in das Getriebe einer Maschine, wobei ihm die Finger der Hand zermalmt wurden. Der Verunglückte wurde von der Rettungsbereitschaft ins Krankenhaus überführt. (a)

Eine Frau stürzt sich unter die Straßenbahn.

Gestern warf sich in der Kilinskistraße die Helena Wojtkowiak, wohnhaft Kilinskistraße 85, unter eine herankommende Straßenbahn. Dem Motorführer gelang es jedoch, den Wagen rechtzeitig zum Stehen zu bringen, so daß die Frau nur einige Hautabschürfungen erlitt. (a)

Zwei Einbruchsdiebstähle.

Gestern nacht drangen Diebe in die Wohnung der Chana Miendzyrzecka, Cegielniana 18, ein, wobei ihnen eine Beute im Werte von 3000 Zloty in die Hände fiel.— Ein zweiter größerer Einbruchsdiebstahl wurde bei Moszek Frymerman, Jakuba 7, verübt, wo die Diebe verschiedene Sachen im Werte von 8000 Zloty raubten. (a)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

K. Leinwebers Erben, Plac Wolnosci 2; J. Hartmanns Nachf., Mlynarska 1; W. Danielecki, Petrikauer 127; A. Perelman, Cegielniana 32; J. Cymer, Walczanska 37; F. Wojcickis Erben, Napiorkowskiego 27.

Erste Inspektion des Stadtpräsidenten Glazek.

Früher Besuch bei den städtischen Arbeiten.

Wie berichtet, hat Stadtpräsident Glazek sowohl bei Uebernahme des Amtes als auch auf der vorgestern stattgefundenen ersten Pressekonferenz erklärt, daß er zunächst bemüht sein werde, sich mit der Gesamtheit der städtischen Arbeiten bekannt zu machen, um ein genaues Bild über die Organisation und die Art der Führung der Arbeiten zu haben.

In Verfolg dieser Ankündigung hat der Stadtpräsident gestern eine erste fliegende Inspektion der von der Stadt an verschiedenen Punkten geführten Arbeiten durchgeführt. Zuerst erschien der Stadtpräsident, schon am 6.30 Uhr früh, bei den Pflasterungsarbeiten in der Wulczanskastraße, um 7 Uhr traf der Stadtpräsident in Brus ein, wo er die Regulierungsarbeiten beim Fluß Balutka besichtigte, und fuhr dann nach der Betonfabrik in Zdrowie, wo Betonröhren für die städtischen Kanalisationsarbeiten hergestellt werden und wo bekanntlich die Arbeiter seit einigen Tagen im italienischen Streik verharren. Präsident Glazek hörte sich die Wünsche der Arbeiter an und versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen. Gleichzeitig wies der Stadtpräsident den Direktor der Kanalisations- und Wasserleitung an, mit den Streikenden Verhandlungen zwecks Beilegung des Konflikts aufzunehmen. Das Erscheinen des Stadtpräsidenten wirkte beruhigend auf die Arbeiter, die bereit sind, die Arbeiten sofort aufzunehmen, falls eine Einigung erzielt werden sollte. Sodann erschien der Stadtpräsident bei den Arbeiten beim Chausseebau in Lagiewniki und stattete bei dieser Gelegenheit dem Sanatorium einen Besuch ab. Der Stadtpräsident besichtigte die Anstalt und fuhr dann zu den Straßenbauarbeiten auf der Zgierzer Chaussee. Wie es heißt, wird Stadtpräsident Glazek ähnliche Inspektionen in gewissen Abständen durchführen. (a)

Scharfer Konflikt in der Firma Adolf Horak

In den Industriewerken von Adolf Horak in Ruda-Pabianicka ist es zu einem scharfen Konflikt zwischen der Fabrikleitung und den Arbeitern wegen Nichteinhaltung des Lohnabkommens gekommen. Und zwar werden die Weber gezwungen, auf 6 statt auf 4 Stühlen zu arbeiten, ohne daß ihnen hierfür der tarifmäßige Zuschlag von 7,5 bis 12 Prozent für jeden Webstuhl gezahlt wird. Die Arbeiter haben sich angesichts dessen an ihren Verband gewandt, der die Angelegenheit dem Arbeit[illegible]tor übergab. Es wird nun eine Untersuchung [illegible]rbeitsverhältnisse in der Fabrik von Horak durchgeführt und bei Feststellung von Verstößen gegen das Abkommen wird die Firmenleitung zur Verantwortung gezogen werden. Außerdem werden Verhandlungen geführt, um es zu keinem Streik kommen zu lassen. (a)

Der Konflikt bei „Gentleman".

Gestern weilte in Lodz ein Delegierter der Hauptverwaltung des Verbandes der Arbeiter der chemischen Industrie Polens und intervenierte im Arbeitsinspektorat in Sachen einer Beschleunigung der Beilegung des Konflikts in der Gummiwarenfabrik „Gentleman", wo die Arbeiterinnen nunmehr schon eine Woche im italienischen Streik verharren. Außerdem werden Bemühungen unternommen, um die Befreiung der verhafteten Arbeiter zu erwirken. (a)

Ausgesetztes Kind.

Im Torwege des Hauses Lagiewnicka 2 wurde ein etwa 3 Wochen altes Kind männlichen Geschlechts ausgesetzt. Das Kind wurde dem Findelheim zugeführt, nach der Mutter fahndet die Polizei. (a)

Im Lokal der Fürsorgeabteilung der Stadtverwaltung ließ eine unbekannte Frau einen etwa 3jährigen Knaben zurück. Das Kind wurde dem städtischen Waisenhaus zugeführt und Nachforschungen nach der Mutter angestellt. (a)

Ueberfahren.

An der Ecke Zgierska und Pocztowa wurde der Pozierska 4 wohnhafte Wilhelm Sindermann von einem Auto, das von dem Chauffeur Leon Bernstein gelenkt wurde, überfahren. Der Chauffeur nahm den Ueberfahrenen in den Wagen und fuhr ihn ins Krankenhaus in Radogoszcz. (a)

Ein Schneider erhängt sich.

Der 41jährige Schneider Szmul Szalik, wohnhaft Ceglana 288, verdächtigte seine Frau der ehelichen Untreue. Auf dieser Grundlage kam es zwischen den Eheleuten sehr oft zu Auseinandersetzungen. Der Mann nahm sich das so zu Herzen, daß er sich gestern, als er allein zu Hause war, am Lampenhaken erhängte. Als die Frau nach Hause kam, fand sie ihren eifersüchtigen Gatten nur noch als Leiche vor. (a)

Verurteilter Kirchendieb.

Vor dem Stadtgericht hatte sich gestern der Berufsdieb Stefan Rosicki, 22 Jahre alt, wegen Einbruchs in eine Kirche und Profanierung derselben zu verantworten. Rosicki ließ sich in der Nacht zum 22. April in der Anna-Kirche in Zarzew unbemerkt einschließen, mit der Absicht, die Opferbüchsen zu berauben. Er raubte verschiedene Wertgegenstände und wartete dann bis zum Morgen. Währenddessen empfand er ein leibliches Bedürfnis und verunreinigte die Kirche. Als der Kirchendiener am Morgen erschien, bemerkte er jedoch den Dieb und nahm ihn fest. R. wurde gestern vom Stadtgericht zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. (a)

Werdet Leser der Bibliothek des „Fortschritt"

Die Bibliothek des Deutschen Kultur- und Bildungsvereins „Fortschritt" hat in der letzten Zeit eine ganze Reihe neuer Werke verschiedener bekannter Autoren angeschafft. Sie zählt gegenwärtig weit über 1000 Bücher und dürfte in jeder Hinsicht die Ansprüche eines breiten Lesepublikums befriedigen. Die monatliche Lesegebühr beträgt 60 Groschen. Mitglieder des „Fortschritt", der DSAP, der Gewerkschaft und die Abonnenten der „Lodzer Volkszeitung" zahlen nur 30 Groschen.

Die Bibliothek ist jeden Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends Petrikauer 109 (Lodzer Volkszeitung) geöffnet.

Aus dem Reiche.

Hungerstreik der Arbeiter von P[illegible]wski in Zdunska-Wola.

Wie berichtet, sind die Arbeiter der Fabrik von [illegible]czewski in Zdunska-Wola in den Streik getreten und halten die Fabrik besetzt, weil sie die weitere Inbetriebhaltung der Fabrik verlangen, um das Recht zu den Arbeitslosenunterstützungen zu erwerben. Gleichzeitig stellte es sich auch heraus, daß die Arbeiter dieser Fabrik gezwungen wurden, für einen bedeutend niedrigen Lohn als den tarifmäßig vorgesehenen zu arbeiten. Hierfür sind die beiden Inhaber der Fabrik bereits vom Arbeitsinspektor zur Verantwortung gezogen worden. Die Verhandlung gegen sie findet bereits am Donnerstag statt. Da aber trotz allem die Fabrikleitung kein Entgegenkommen gegenüber den Arbeitern zeigte, haben diese nun gestern den Hungerstreik begonnen. Sie befinden sich weiterhin in den Fabrikräumen, lehnen aber die Entgegennahme jeglicher Speise ab. Die verzweifelten Arbeiter wollen auf diese Weise auf die Behörden einen Druck ausüben, um eine schleunigere Beilegung des Konflikts herbeizuführen.

Gestern begab sich Arbeitsinspektor Pawlowski nach Zdunska-Wola, um mit den streikenden Arbeitern eine Konferenz abzuhalten und eine Beilegung des Konflikts zu versuchen. (a)

Große Brandschäden durch Blitzschlag.

Zwei Personen vom Blitz getroffen.

Ueber den Kreis Petrikau ging vorgestern ein schweres Gewitter nieder, das allenthalben schweren Schaden anrichtete. Im Dorfe Huta, Gemeinde Wozniki, schlug der Blitz in die Windmühle des Julian Lewin ein und zündete. Die Mühle wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt 3000 Zloty.

Im Dorfe Kosow, Gemeinde Boguslawice, wurde das Anwesen des Jan Pawelczyk durch Blitzschlag in Brand gesetzt. Das ganze Anwesen wurde eingeäschert. Das Feuer griff auf zwei Nachbaranwesen über, die ebenfalls vernichtet wurden. Der Schaden beläuft sich auf 6500 Zl.

Der dritte Brand durch Blitzschlag wurde im Dorfe Jarosty, Gemeinde Szydow, notiert, wo das Anwesen des Piotr Kuzerski eingeäschert wurde. Hier wurden zwei Frauen , und zwar die 18jährige Zofja Olczyk und die Rozalja Kuzerska, vom Blitz getroffen. Die Olczak war auf der Stelle tot, während die Kuzerska in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert wurde. (a)

Kerkermeister seines eigenen Kindes.

In Buczagz wurde ein gewisser Ignacy Chmielewski, der von seiner Frau getrennt lebt, wegen unmenschlicher Folterung seines 9jährigen Sohnes verhaftet. Vor einiger Zeit war der Knabe nicht zu sehen und die Nachbarn wurden dadurch beunruhigt, bis die Polizei von der Sache erfuhr und Nachforschungen anstellte. Schließlich fand man den Jungen im Keller des Chmielewskischen Hauses mit Ketten gefesselt und zum Skelett abgemagert. Chmielewski wollte sich auf diese Weise des Kindes entledigen. Der Unmensch wurde festgenommen und im Gefängnis eingeliefer. Der Knabe mußte in ärztliche Behandlung gegeben werden.

Turek. Tödlicher Sturz vom Baume. Im Dorfe Mieleszyce, Kreis Turek, ereignete sich ein tragisches Unglück. Der 16jährige Zygmunt Kurzwaski erstieg einen Baum, um Kirschen zu pflücken. Plötzlich brach der Ast, auf welchem Kurzawski stand, und der Bursche stürzte herunter. Er fiel dabei so unglücklich, daß er mit dem Kopf auf einen Stein aufschlug, so daß ihm die Schädeldecke barst. Nach wenigen Augenblicken war er eine Leiche. (a)

Aus der Wojewodschaft Schlesien.

Bielitz-Biala u. Umgebung.

Genosse Viktor Manigel gestorben.

Am Montag, dem 22. Juli, ist nach längerer Krankheit Genosse Viktor Manigel im 59. Lebensjahre an einem Magenleiden gestorben. Der Dahingegangene war seit dem Jahre 1894 ohne Unterbrechung Mitglied der freien Textilarbeitergewerkschaft und durch fast 30 Jahre Kassierer derselben. Außer der Funktion als Kassierer bekleidete er noch mehrere andere Ehrenämter in der Partei, in den Gewerkschaften sowie in den Kulturorganisationen. Als die gesetzliche Arbeiterkrankenversicherung zu Alt-Oesterreichs Zeiten eingeführt wurde und sich verschiedene kleine Krankenkassen gründeten, entstand auch die allgemeine Kranken- und Unterstützungskasse. Der Verstorbene war durch viele Jahre Vorstandsmitglied derselben, bis zu deren Verschmelzung mit der Bezirkskrankenkasse. Seit der Gründung der „Volksstimme" war er durch die ganze Zeit ihres Bestehens Kolporteur und viele Jahre auch Austräger derselben. Als der erste Arbeitergesangverein „Frohsinn" im Jahre 1897 in unserem Industriegebiet gegründet wurde, war er Mitbegründer desselben und Mitglied bis zu seinem Tode. Zugleich war er durch viele Jahre Bannerträger des Vereins. Dem Arbeiter-Konsum- und Sparverein gehörte er seit dem Jahre 1910 ohne Unterbrechung an. Genosse Manigel hatte auch ein lebhaftes Interesse an dem Verein Arbeiterheim in Bielitz und leistete ihm manch wertvollen Dienst.

Seinen größten Eifer setzte er in den Dienst der Textilarbeitergewerkschaft, deren Wachstum er von Anbeginn auf das gewissenhafteste förderte. In den 90iger Jahren wurde der Zentralverband der Textilarbeiter d. Ö. für Schlesien und Galizien gegründet, der den Verstorbenen im Jahre 1901 als ständigen Kassierer anstellte. Im Jahre 1903 löste sich der Zentralverband auf und schloß sich der Union der Textilarbeiter Oesterreichs an. Die Union übernahm den Gen. Manigel als ständigen Beamten. In den Jahren 1906, 1908 und 1912, als in Bielitz große Textilarbeiteraussperrungen stattfanden, nahm die Bielitzer Unionsortsgruppe einen großen Aufschwung. In dieser bewegten Zeit arbeitete Gen. Manigel unermüdlich, indem er sich weder Sonntags- und noch Feiertagsruhe gönnte, ja sogar Nächte durcharbeitete, um die Arbeiten bewältigen zu können.

Während der Kriegszeit mußte er gleich vielen anderen Genossen ins Heer einrücken und weilte durch die ganze Zeit fern von der Heimat. Nach Beendigung des Weltkrieges übernahm er wieder seine frühere Funktion und war bemüht, die während des Krieges geschwächte Organisation wieder neu aufzubauen. Bis zum Jahre 1929 war der Mitgliederstand der Bielitzer Verbandsortsgruppe der Textilarbeiter, die sich im Jahre 1920 dem Lodzer Textilarbeiterverband angeschlossen hatte, bis auf 8000 bei etwas über 10 000 Beschäftigten gestiegen. Dieser Aufstieg erfüllte den Gen. Manigel mit aufrichtiger Freude.

Durch die Wirtschaftskrise ging leider infolge großer Arbeitslosigkeit der Mitgliederstand wieder zurück und der gewissenhafte Kassierer Gen. Manigel sehnte, gleich vielen anderen, eine Besserung der Wirtschaftslage herbei, die er leider nicht mehr erlebte.

Die Genossen, die mit ihm in engerem Verkehr lebten, verlieren in dem Dahingegangenen einen guten Freund, die Familie einen sorgenden Vater, alle Vereine, denen er als Mitglied angehörte, einen wackeren und treuen Genossen und die Textilarbeitergewerkschaft einen gewissenhaften und verläßlichen Beamten und Funktionär. Wir wollen dem Dahingegangenen stets ein ehrendes Angedenken bewahren.

Das Leichenbegängnis findet heute, Mittwoch, den 24. Juli, um 5 Uhr nachmittags, vom Trauerhause Bielitz, Berggasse, auf den alten evangelischen Friedhof statt.

Tagesneuigkeiten.

Abschied der Arbeiterkinder aus der Ferienkolonie. Der erste Turnus der in der Ferienkolonie des Vereins Arbeiter-Kinderfreunde in Lobnitz sich aufhaltenden Arbeiterkinder hat nach dreiwöchentlichem Aufenthalte dortselbst am Sonntag, dem 21. Juli, Abschied genommen. Dieser Abschied endete mit einer Schlußfeier, die die Kinder unter der Leitung der Gen. Kudziela veranstalteten. Die Darbietungen, die aus einem Konzert der Kinderkapelle, Gesangliedern und Reigen der Kinder bestanden, haben die anwesenden Eltern und Gäste sehr erfreut. Montag kehrten diese Kinder gut erhalten wieder heim, während ein zweiter Turnus in einer gleichen Anzahl mit dem Autobus in die Ferienkolonie eingerückt ist.

Arbeiterschicksal. In der Schraubenfabrik Brvellier Urban in Sporysz wurde der 38 Jahre alte Arbeiter Johann Kubica, welcher bei einer Drahtziehmaschine beschäftigt war, angeblich durch eigenes Verschulden von einem Eisenstück in die Brust getroffen. Durch die Wucht des Anpralles erlitt der Arbeiter einen Blutsturz, welcher den sofortigen Tod herbeiführte. Der Arbeiter hinterläßt eine Frau mit sechs unversorgten Kinden.

2500 Zloty Lohngelder gestohlen. Am Samstag dem 20. Juli, meldete Ing. Karl Grelowski der Polizei in Schwarzwasser, daß ein Unbekannter in den Bauschoppen beim Bau der Brücke über die Weichsel in Schwarzwasser eingedrungen war und eine Tasche mit 2500 Zloty gestohlen hat. Das Geld war in Couverts für die Auszahlung der Arbeiter verpackt. Die Polizei ist dem Täter auf der Spur und hat bereits eine Person verhaftet.

Taschendiebe festgenommen. Das Polizeikommissariat in Bielitz hielt zwei Personen an, und zwar den 48 Jahre alten Viktor Moczka aus Biala und den 42 Jahre alten K. Fiszola aus Sosnowitz. Die beiden werden verdächtigt, in der letzten Zeit auf dem Gebiete der Stadt Bielitz mehrere Taschendiebstähle verübt zu haben.

Dokumente verloren. Ein gewisser Jan Slisz aus der Tschechoslowakei verlor am Sonntag im Zigeunerwald seine Tasche mit Personaldokumenten und 150 Tschechenkronen.

Raubüberfall. Die Polizei in Dziedzice lieferte den 37 Jahre alten L. Kanik aus Czechowice in das Bielitzer Gefängnis ein, weil er auf den Ladislaus Szymank aus Bestwin einen Ueberfall verübte. Er griff den Ueberfallenen von rückwärts bei der Gurgel, versetzte ihm mit einem Ziegel einen Schlag auf den Kopf, so daß S. ohnmächtig liegen blieb. Hierauf raubte er ihm 25 Zloty und seinen Hut.

Verein Sterbekassa in Bielsko.

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß das Mitglied Nr. 34 Herr Karl Viktor Manigel aus Bielsko am 22. Juli d. J. im 59. Lebensjahre verstorben ist. Ehre seinem Andenken.

Die 245. Sterbemarke ist zu bezahlen. Wir ersuchen unsere Mitglieder höflichst, die fälligen Sterbebeiträge ehestens einzahlen zu wollen, damit uns bei Auszahlung weiterer Sterbeunterstützungen unnötige Schwierigkeiten erspart werden. Auch machen wir darauf aufmerksam, daß die Jahresbeiträge zu bezahlen sind. Der Vorstand.

Lobnitz. Ausflug des AGV „Widerhall". Sonntag, den 28. Juli, veranstaltet obiger Verein einen Ausflug auf die Bulowskiwiese in Lobnitz. Chöre, verschiedene Belustigungen werden für Unterhaltung der Gäste sorgen. Alle Genossen und Freunde des Vereins werden hierzu freundlichst eingeladen.

Sport.

Amerikanischer Sieg im Interzonenfinale um den Davespokal.

London, 23. Juli. Bei dem am Dienstag in Wimbledon ausgetragenen Doppelspiel im Interzonenfinale um den Davespokal errangen die Amerikaner Allison-van Ryn nach 2½stündigem, von beiden Seiten erbittert durchgeführten Kampf gegen die Deutschen Gottfried von Cramm und Lund in 5 Sätzen mit 3:6, 6:3, 5:7, 9:7, 8:6 den Sieg. Damit hat USA im Interzonenfinale eine 2:1-Führung erlangt.

Vom Spiel Union-Touring — Legja.

Am Sonntag kommt das erste Ligaaufstiegsspiel zwischen dem Lodzer Meister Union-Touring und dem Posener Meister Legja zum Austrag. Für dieses Treffen haben sich die Violetten sehr sorgfältig vorbereitet, wollen sie doch alles daransetzen, um aus diesem Spiel als Sieger hervorzugehen. Die Touristen fahren nach Posen im stärksten Bestande, und zwar mit Michalski, Frankus, Durka, Chojnacki, Pile, Kowalski, Swientoslawski, Omerzetter, Michalski II, Stawicki und Krolasik.

Krakau — Lodz am 13. Oktober.

Die Bezirksverbände von Krakau und Lodz sind übereingekommen, daß Fußballstädtespiel Krakau — Lodz am 13. Oktober in Krakau zu veranstalten. Für dieses Spiel hat der „Expreß" einen Pokal gestiftet.

Widzew spielt in Zgierz.

Am Sonntag kommt in Zgierz ein Gesellschaftsspiel zwischen Widzew und dem Zgierzer Sokol zum Austrag.

Der Sportklub Strzelec in Wolborz

hat sich dem Lodzer Bezirksfußballverband als Mitglied angeschlossen.

Boxveranstaltung in Brzeziny.

Der Lodzer Bezirksverband wird, um den Boxsport in der Provinz zu propagieren, einige Veranstaltungen außerhalb von Lodz arrangieren. Am kommenden Sonntag steigt eine solche Veranstaltung in Brzeziny. Daran werden einige führende Lodzer Boxer teilnehmen.

Du hilfst dir selbst!

wenn du treu und entschlossen zu deiner Zeitung stehst, für diese wirbst und alles daran setzt, die Zahl der Abonnenten zu vergrößern: Neue Leser sind neue Kämpfer. Darum wirb für dein Blatt, für die „Volkszeitung"!

Radio-Programm.

Donnerstag, den 25. Juli 1935

Warschau-Lodz.

6.36 Gymnastik 6.50 Schallplatten 12.15 Konzert 15 Für die Frau 13.05 Mandolinenkonzert 13.30 Volksmusik 15.30 Klavierrezital 16 Erzählung für Kinder 16.15 Salonmusik 17 Für unsere Sommerfrischler 18.15 Ganz Polen singt 18.45 Im Walzertakt 19.30 Mozartmusik 20 Wagner: Oper „Rienzi" 20.10 Leichte Musik 21 Konzert 22 Sport 22.10 Orchestermusik.

Kattowitz.

Wie Warschau.

Königswusterhausen.

6.30 Morgnmusik 8.20 Ständchen 12 Konzert 14 Allerlei 16 Musik im Freien 19 Und jetzt ist Feierabend 21 Hörspiel: Mann im Netz 22.30 Kleine Nachtmusik 23 Klassiker und Zeitgenossen.

Breslau.

9 Kino-Orgelkonzert 12 Konzert 15.30 Kinderfunk 17 Konzert 19 Bunte Volksmusik 20.15 Zum Tanz 22.30 Nachtmusik.

Wien.

12 Konzert 14 Schallplatten 20.10 Beethovenkonzert 22.30 Oesterreichs ewiges Lied.

Prag.

12.20 Unterhaltungskonzert 13.25 Schallplatten 15 Konzert 18.20 Liederzyklus 19.25 Promenadenkonzert 21.35 Tanzmusik 22.35 Skandinavische Lieder.

Solisten im Rundfunk.

Am heutigen Tage treten einige hervorragende Solisten vor das Mikrophon. Um 17 Uhr werden wir aus Kattowitz Violoncellowerke italienischer und deutscher Meister aus dem 18. Jahrhundert, ausgeführt von J. Drogominski, hören.

Um 19.30 Uhr wird der bekannte polnische Sänger Eduard Bender einige schöne Kompositionen vortragen und um 21 Uhr wird die bekannte Pianstin Maryla Jonas im Chopinkonzert mitwirken.

Sonne für die Kinder.

Heute um 16 Uhr wird Dr. Srednicki einen Vortrag über die Einwirkung der Sonne auf den Körper und die Gesundheit des Kindes halten. Der Vortrag, der die Ueberschrift trägt: „Sorget für Sonne und Luft für die Kinder" gehört zu dem Zyklus „Ratschläge für junge Mütter."